

Für die Reichseinheit

Die missglückte Aktion

Die Deutschnationale Volkspartei hat die Hauptverantwortung für die Krise zu tragen, die mit der Neubestätigung des Kabinetts Stresemann endete. Den Höhepunkt des Kampfes, der mit parlamentarischen und ausserparlamentarischen Mitteln geführt wurde, bildete der Versuch, zusammen und nach Vereinbarung mit den Kommunisten die verfassungsmässige Erledigung des Ermächtigungsgesetzes zu verhindern. Der Versuch ist gescheitert. Sein einziges Ergebnis war die Verzögerung der Aktionsfreiheit der Reichsregierung um zwei Tage, ein Erfolg, den das deutsche Volk in seiner Gesamtheit mit einer entsprechenden Erschwerung seiner wirtschaftlichen Lage bezahlte.

Die Deutschnationale Volkspartei ist in letzter Zeit immer mehr unter der Führung ihres radikalen Flügels geraten. Der Parteivorsitzende Hergt fasst seine Aufgabe in dem Sinne auf, dass er unter allen Umständen mit der Mehrheit geht. Die Köpfe der Partei, darunter Dr. Helfferich, Graf Kanitz und andere, machen keinen Hehl daraus, dass sie die Desperatopolitik, die nach dem Grundsatz handelt: „je schlimmer, desto besser“, auch vom parteitaktischen Gesichtspunkt aus verwerfen.

Die Deutschnationale Volkspartei hat diesmal behauptet, dass sie sich bei ihrer Opposition und Obstruktion insofern den Verantwortung bewusst sei, als sie ihre Bereitschaft erklärte, selbst die Regierung zu übernehmen. Wenn die aussen- und innenpolitische Lage tragfähig genug wäre, so hätte es im Interesse einer geradlinigen Entwicklung gelegen, wenn dieses Experiment gemacht worden wäre. Die Deutschnationale Volkspartei hätte dann in ihren eigenen Reihen dieselben Erfahrungen gemacht, die der Sozialdemokratie beschieden gewesen sind, seit sie das unschuldvolle Flügelmehr der Opposition auszurufen und ihre Anhänger in die harte Schule verantwortlicher Mitarbeit schickte.

Innerer Gegensatz

Heute ist im Lager der Deutschnationalen verhältnismässig leicht der Schein einer gewissen Einigkeit nach aussen zu wahren. Es genügt, den gemeinsamen Hass gegen die Entwicklung der letzten Jahre zu betonen, die schöne Vergangenheit zu rühmen und die nationale Leidenschaft demagogisch für Parteizwecke einzuspinnen. Wer tiefer blickt, weiss aber, dass jeder Versuch zu praktischer Arbeit den Schein der Eintracht in das Gegenteil verwandeln würde. Das Gros der Anhänger auf dem Lande besteht aus wohlhabenden Grundbesitzern, die von einer Umwälzung nur dann etwas wissen wollen, wenn sie ihr Hab und Gut nicht gefährdet. In den Städten folgen den deutschnationalen Parolen gerade die Schichten, die am meisten unter der erbarmungslosen Preispolitik der Grossindustrie und der Landwirtschaft leiden. Diese Schichten verfallen immer mehr der wirtschaftlichen Verelendung, deren Bitterkeit noch verschärft wird durch das Gefühl, einer für den Staat besonders notwendigen Bevölkerungsgruppe anzugehören.

In diesen Kreisen herrscht eine Mischung von Verzweiflung und revolutionärer Erbitterung, die so lange für deutschnationale Zwecke ausgenützt werden kann, als diese Partei den Anschein schärfster Opposition erweckt. Je krasser der Abstand zwischen

den wahren „Revolutionsgewinnern“ in Industrie und Landwirtschaft auf der einen Seite und der versinkenden Mittelschicht auf der anderen Seite wird, desto grösser ist die Spannung innerhalb der Deutschnationalen Partei. So erklärt sich die rücksichtslose Demagogie, mit der die Deutschnationalen unter Führung ihres sogenannten „völkischen Flügels“ jedem Versuch einer positiven Politik nach innen und aussen entgegengetreten. Im Grund ist ihr Verhalten genau dasselbe wie das der Sozialdemokratie vor dem Kriege. Die Ähnlichkeit ist so gross, dass das deutschnationale Verhalten fast wie eine Kopie wirkt. Genau wie damals die „ausserparlamentarische Aktion“ gepredigt und im Parlament die Obstruktion gehandhabt wurde, genau so verfährt jetzt die Deutschnationale Partei. Der Unterschied ist nur, dass die Sozialdemokratie ihr Verhalten als revolutionär bezeichnete, während ihre heutigen Nachahmer sich als „staatshaltend“ hinstellen.

Eine Grosstat des Reichstages

Der Kampf gegen die Regierung Stresemann war zugleich ein Kampf gegen die parlamentarische Demokratie. Die Gegner des Ermäch-

tigungsgesetzes behaupteten — Kommunisten und Deutschnationale um die Wette —, dass die Erteilung weitgehender Vollmachten an die Regierung ein „Schlag gegen das Parlament“ sei. In Wahrheit bedeutet sie die Herstellung des Zustandes, der allein die parlamentarische Regierungsform mit der Notwendigkeit rascher Entschlüsse in Einklang bringt. Nur wer das Parlament als eine „Schwatzbude“ auffasst, kann behaupten, dass das Ermächtigungsgesetz den Reichstag „ausschalte“. Der englische Parlamentarismus, der seit zwei Jahrhunderten Antrieb und Regulator der erfolgreichsten Politik der Weltgeschichte bildet, verfährt genau so wie jetzt der Reichstag. Solange die Mehrheit der Regierung das Vertrauen schenkt, hat diese jede wünschenswerte Handlungsfreiheit, und die Mehrheit sorgt auch dafür, dass die Parlamentsdebatten sich nicht in eine billige Gelegenheit verwandeln, vor dem Land gesinnungstüchtige Reden zu halten und gleichzeitig jede Regierungstätigkeit zu hemmen. Zum erstenmal seit seinem Bestehen hat der Reichstag am 13. Oktober sich ganz auf der Höhe seiner geschichtlichen Aufgabe gezeigt, als er — trotz der Obstruktion der Deutschnationalen und Kommunisten — mit 316 gegen 24 Stimmen das Ermächtigungsgesetz für das Kabinett Stresemann verabschiedete und damit eine neue Aera des deutschen Parlamentarismus einleitete: die der aktiven Reformarbeit an Stelle der Nachahmung der Brüche des alten Reichstags aus der Kaiserzeit, der sich in fruchtloser Opposition erschöpfen musste.

Reformen auf vielen Gebieten

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes hat die Reichsregierung alsbald die Währungsfrage einer provisorischen Lösung zugeführt durch die Begründung einer Rentenbank, die es ermöglicht, den Druck von Reichsbanknoten einzustellen und ein verbaständiges Zahlungsmittel zu schaffen, bis zu dem Zeitpunkt, wo die volle Goldwährung wieder in ihre Rechte tritt. Auf dem Weg der Verordnung wurde auch die Vereinfachung und Anpassung des Steuerwesens vollzogen und die Herabsetzung der Kohlenkreise angeordnet. Weitere Beschlüsse der Reichsregierung betrafen die sogenannten Demobilisierungsverordnungen, die den Bedürfnissen einer gesteigerten Produktivität angepasst sind, unter möglicher Wahrung der berechtigten Interessen der Arbeiter. Die Wiederankurbelung der Wirtschaft bedingt vielfach auch eine weitere Steigerung der Erwerbslosigkeit. Eine Verordnung der Reichsregierung will die Möglichkeit schaffen, die Erwerbslosenfürsorge trotz der finanziellen Notlage des Reichs in dem Masse fortzuführen, das aus politischen und sozialen Gründen notwendig ist. Zu diesem Zweck sollen Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erhoben werden. Neu ist die Bestimmung, dass die Erwerbslosen die Verpflichtung haben, gemeinnützige Arbeiten gegen Unterstützung zu leisten. Für die Jugendlichen wird hier Zwang eingeführt, während einer erzwungenen Arbeitslosigkeit sich an Einrichtungen zur Fortbildung und Ausbildung zu beteiligen. Schliesslich wird auch die Wohnungsfrage in Angriff genommen, die durch die bisherige Drosselung der Mietpreise fast unheilbar verfahren erscheint.

Störungen der Reichseinheit

Alle die schweren Aufgaben der inneren und äusseren Politik erfordern eine straffe Zusammenfassung aller Kräfte der Nation. Leider stösst diese nicht nur auf parteipolitische Widerstände, sondern auch auf die Sonderinteressen einzelner Landesteile, die aus der Not des Augenblicks den Antrieb schöpfen, ihre wirklichen und vermeintlichen Interessen im Gegensatz zu der Zentralgewalt zu verteidigen. Die Reichsregierung hat Ende September den Ausnahmezustand verhängt, nachdem die bayerische Regierung für ihr Gebiet einen Diktator in der Person des Generalstaatskommissars v. Kahr ernannt hat. Dieser Ausnahmezustand wird im Auftrag des Reichswehrministers durch die Wehrkreiskommandanten durchgeführt. Dabei hat sich gezeigt, dass die Anordnungen der Militärbefehlshaber im allgemeinen Gehorsam fanden. Nur der für Bayern zuständige Wehrkreiskommandant, Generalleutnant v. Lossow, war ausserstande, die Anordnungen der Reichsregierung durchzuführen. Der Generalstaatskommissar v. Kahr hat die rechtsradikalen Organisationen völlig unbehelligt gelassen, während er gegen Kommunisten und Sozialisten mit beispielloser Schärfe einschritt. Dieser Zustand macht es der Reichsregierung überaus schwer, ja moralisch unmöglich, mit dem gebotenen Nachdruck gegen „proletarische Hundertschaften“ und kommunistische „Aktionsausschüsse“ in den Landesteilen einzuschreiten, die eine überwiegende Industriebevölkerung aufweisen. Das Deutsche Reich besteht ja nicht nur aus Gebieten, wo auf gesegneter Flur Nahrung für Menschen und Tier gedeiht. Millionen von Deutschen müssen sich mit dem kargen Lebensspielraum begnügen, den die überbevölkerten Industriegebiete ihnen gewähren. Wenn die Bayern beanspruchen, nach ihrer Fassung selig werden zu dürfen,



Unsere Bilder zeigen 21 Goldmark (5 Dollar) in deutscher Reichs-Goldanleihe und 60 Dollar in deutscher Dollar-Schatzanweisung. Beide Werte, die als Vorläufer der jetzt kommenden „Rentenmark“ anzusehen sind, werden in grossem Umfange schon seit einiger Zeit als wertbeständige Zahlungsmittel statt der ewig unbeständigen Papiermark verwendet. (Siehe den Artikel auf der 2. Seite.)